



Niederschrift
- öffentlicher Teil -

über die
14. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 11.05.2006
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Ausschussmitglieder

Abg. Christian Sonnenwald
Abg. Reinhold Becker
Abg.e Doris Brandt
Abg. Hans-Hermann Brandt
Abg. Innozenz Grad
Abg.e Susanne Rohr
Abg.e Dr. Erika Schumann-Mößeler
Abg.e Renate Bassen
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg.e Hedda Braunsburger
Herr Frank Hollander
Frau Erdmute von der Wense
Herr Detlef Amor
Frau Angelika Meyer-Rößler

Sitzungsteilnahme ab 14:45 Uhr
Vertretung für Abg. Frick
Vertretung für Abg. Bargfrede

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Karin Ritter
Frau Birgit Martens
Frau Sabine Ostermann
Herr Helmut Hannemann
Herr Dr. Carl Kraut

Verwaltung

KVOR'in Heike Körner
Herr Manfred Oldenburg
Frau Sandra Sonnemann-Zander
Herr Michael Judith
Frau Marianne Schmidt

(Schriftführer)
(Gleichstellungsbeauftragte)

→ *Entschuldigt:*

Ausschussmitglieder

Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Reinhard Frick
Frau Ulrike Metzinger

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Detlef Steppat
Abg.e Heike Treu
Herr Johann Wichern
Herr Dieter Wasmund
Frau Janis Wintjen
Frau Karoline Battel
Frau Beta Waltz
Frau Irene Sprenger

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung vom 08.11.2005
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Jugendhilfeplanung; hier: 8. Bericht zur Jugendhilfeplanung: Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen - Fortschreibung der Angebots- und Bedarfsplanung für Kindergärten und Spielkreise
Vorlage: 2001-06/1388
- 6 Richtlinie zur Förderung in Kindertagespflege gemäß der §§ 23 und 24 SGB VIII
Vorlage: 2001-06/1391
- 7 Leistungsstatistik 2005
Vorlage: 2001-06/1389
- 8 Beratung der vorliegenden Anträge auf Kreiszuschüsse
- 8.1 hier: Zuschüsse an Verbände und Vereine für Jugendräume
Vorlage: 2001-06/1390
- 8.2 hier: Zuschüsse an die Pflegeelterngruppen
Vorlage: 2001-06/1392
- 9 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende **Sonnenwald** eröffnet um 14:30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in der mit der Einladung verschickten Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung vom 08.11.2005**

Die Niederschrift zur 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 8. November 2005 wird genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

4a) KVOR' **Körner** stellt Frau Sonnemann-Zander vor, die seit einigen Monaten die Leitung des Bereichs Fachberatung in Tageseinrichtungen für Kinder übernommen habe, und verweist in Zusammenhang mit dem noch anstehenden TOP 6 "Richtlinie zur Förderung in Kindertagespflege" auf das von Frau S. Meyer erstellte Konzept sowie den Flyer, die als Tischvorlage verteilt worden seien.

4b) Des weiteren weist sie auf den ausliegenden Bericht der Evangelischen Erziehungsberatungsstelle für das Jahr 2005 hin, sowie auf den Flyer "Spielende Stadt", der vom Landesjugendamt zugeschickt worden sei.

- 4c) KVOR' **Körner** berichtet, dass das Land Niedersachsen den flächendeckenden Ausbau der Beratungs- und Interventionsstellen im Bereich häuslicher Gewalt fördere. Die Förderung als sog. BISS-Stelle setze eine Kooperationsvereinbarung mit der jeweiligen Polizeiinspektion sowie in der Regel die Angliederung an ein Frauenhaus oder eine Gewaltberatungseinrichtung voraus.

Das Frauenhaus des Landkreises habe bereits seit Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes am 01.01.2002 eine pro-aktive Beratung der von häuslicher Gewalt Betroffenen aufgebaut. In diesem Rahmen existierten gefestigte Kooperationsstrukturen mit der Polizeiinspektion Rotenburg. Der Landkreis sei daher vom Land Niedersachsen als Träger einer BISS-Stelle für den Bereich der Polizeiinspektion Rotenburg ausgewählt worden.

- 4d) Am 14.03.2006 habe der jährliche Informationsaustausch mit den Präventionsräten stattgefunden. Aus den Präventionsräten sei über die aktuelle Arbeit berichtet worden:

Sittensen:

Der Präventionsrat habe eine Schülerbefragung durchgeführt. Dabei sei es um die Themenbereiche legale und illegale Drogen, Gewalt sowie Zugehörigkeit zu Vereinen gegangen. Erschreckendes Ergebnis sei u. a., dass schon Kinder im Grundschulalter angaben, zuhause von ihren Eltern Alkohol angeboten zu bekommen. Auffällig sei auch der weit verbreitete Cannabis – Konsum. Die 4 Arbeitsgruppen (Gewalt an Schulen, Integration, Drogen sowie subjektive Sicherheit) werteten derzeit die Ergebnisse aus.

Scheeßel:

Der Präventionsrat Scheeßel sei noch im Aufbau. Im Februar 2006 habe eine Informationsveranstaltung (mit Herrn Hoff vom Landespräventionsrat) stattgefunden. Im März konstituierte sich die Lenkungsgruppe mit Vertretern verschiedener Institutionen. Zunächst solle nur eine Arbeitsgruppe zum Thema "Integration von Ausländern / Drogenproblematik" gebildet werden.

Zeven:

Die AG "Gewalt" habe derzeit das Thema "Gewalt gegen alte Menschen" zum Schwerpunkt. Hierzu seien Info - Briefe an entsprechende Institutionen verschickt worden.

Die AG "Jugend" plane die Einrichtung einer kommunalen Hilfe für benachteiligte Schüler/innen, indem eine Hausaufgabenhilfe für die 1. - 4. Klasse geschaffen werde. Hierfür würden Kosten von ca. 6000,- € entstehen. Die Eltern sollen pro Stunde 1 € zahlen. Die Betreuung könnten evt. Betreuungskräfte der verlässlichen Grundschulen übernehmen.

Weiterhin erfolgreich laufe das Buslotsenprojekt.

Rotenburg:

Die Lenkungsgruppe treffe sich 2 x jährlich und behandle vor allem Entscheidungen über finanzielle Fragen (Anträge). Es bestünden die Arbeitsgruppen Gesundheit, Frauen und Soziales / Jugend und Schule / Grundschule. Zusätzlich gebe es noch einen Arbeitskreis Integration (neben dem Präventionsrat).

Eine Vielzahl von Projekten von Schulen und Einrichtungen würden finanziell unterstützt (i. d. R. mit 50 % der Kosten). Besonders erfolgreich arbeiteten der Straßensozialarbeiter und das Offene Sportprojekt sowie das Elterncafé Simbav. Diese beiden Projekte seien jedoch sehr kostenintensiv und könnten nur über Spenden finanziert werden.

Bremervörde:

Neben der Vollversammlung, die einmal jährlich tage, bestünden die Lenkungsgruppe sowie die Arbeitsgruppen Drogen und Sucht / Sichere Stadt (ruht z. Z.) / Entwicklungsprobleme bei Kindern und Jugendlichen. Im September diesen Jahres solle wieder der Band - Wettbewerb "Rock The City - Contest" am Vörder See stattfinden. Im Dezember 2005 würde eine Veranstaltung zum Thema "Häusliche Gewalt" durchgeführt.

4e) In diesem Jahr sei das Ziel der Ferienfreizeit St. Michaelisdonn in Schleswig-Holstein. Dort stehe insgesamt 46 Kindern der Geburtsjahrgänge 1993 bis 1996 vom 21. Juli - 1. August eine Jugendherberge zur Verfügung. Die Kinder würden von Fachkräften aus dem Jugendamt sowie geschulten ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut.

Die Unterbringung erfolge in Mehrbettzimmern. Die Jugendherberge liege auf einem großzügigen Grundstück, das viele Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung biete (z. B. Fußball, Beachvolleyball, Basketball sowie Billard und Tischtennis). Ein Freibad befinde sich in unmittelbarer Nähe. Auch Ausflüge in die Umgebung, z. B. nach Heide oder an die etwa 10 km entfernte Nordseeküste seien geplant.

Der Teilnehmerbeitrag für diese Fahrt betrage einschließlich Freizeitprogramm, Anreise, Unterkunft und Vollverpflegung 210 Euro pro Person. Für einkommensschwachen Familien könne die Gewährung von Beihilfen zu Ferienmaßnahmen in Betracht kommen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Jugendhilfeplanung; hier: 8. Bericht zur Jugendhilfeplanung: Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen - Fortschreibung der Angebots- und Bedarfsplanung für Kindergärten und Spielkreise**

Der Jugendhilfeplaner, KAR **Oldenburg**, stellt den Bericht mittels einer EDV-Präsentation vor. Er erläutert dabei den allgemeinen Teil des Berichtes, u. a. die gesetzlichen Grundlagen und das Zustandekommen einiger Zahlen in den Statistiken.

An einem Beispiel erläutert er den Aufbau der Ortsprofile, in denen für jede einzelne Verwaltungseinheit (Samtgemeinde, Gemeinde oder Stadt) die ermittelten Daten tabellarisch aufgelistet sind.

Der Bericht wird wegen der übersichtlichen Darstellung gelobt.

Nach dem Vortrag wird aufgrund einiger Nachfragen der Ausschussmitglieder ergänzend klar gestellt, dass es in einigen Bereichen des Landkreises bereits jetzt eng werden würde, wenn alle Eltern den Anspruch auf einen Kindergartenplatz ab 3 Jahren tatsächlich nutzen würden.

Bei Platzknappheit müsse laut Frau Dipl.-Päd. **Sonnemann-Zander** zunächst überprüft werden, ob Nachbargemeinden noch Plätze zur Verfügung stellen könnten. Ansonsten könnten auch befristet zusätzliche Plätze in einem vorhandenen Kindergarten genehmigt werden oder, sofern in einer Einrichtung weitere Räumlichkeiten vorhanden seien, eine Kleingruppe mit nur einer Erzieherin/einem Erzieher.

Abg. **D. Brandt** fragt, wie der Jugendhilfeausschuss bzw. das Jugendamt die Gemeinden dazu bringen könne, die Angebote weiter auszubauen. Die aktuelle Bedarfsdeckung sei mit 70,7 % (laut Bericht) zu niedrig.

KVOR' **Körner** teilt dazu mit, dass permanent, zur Zeit jedoch in besonderem Maße, Gespräche mit den Gemeinden bezüglich des Ausbaus der Betreuungsangebote liefen. Dieses sei jedoch ein Prozess, der eine gewisse Zeit in Anspruch nehme. Auch wenn es wünschenswert sei, könne nicht 'auf einen Schlag' das Angebot auf nahezu 100 % ausgebaut werden.

Abg. **Sonnenwald** lobt den Bericht abschließend als hilfreiches Werk zur Fortschreibung der Planungen im Landkreis und auch in den einzelnen Gemeinden. Der Bericht gebe gerade in den Ortsprofilen eine Reihe von wichtigen Daten, mit denen der bedarfsgerechte Ausbau der Einrichtungen weiter geplant werden könne.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Richtlinie zur Förderung in Kindertagespflege gemäß der §§ 23 und 24 SGB VIII**

KVOR' **Körner** erläutert die Vorlage. Sie weist darauf hin, dass durch die Gesetzesänderungen im TAG (Tagesbetreuungsausbaugesetz) die Änderung der Richtlinie des Landkreises hinsichtlich der Voraussetzungen und Höhe von Zuschüssen erforderlich sei, um nicht von den Nachbarkreisen abzuweichen und in eine Konkurrenzsituation zu kommen.

Der erweiterte Kinderschutzgedanke im KICK (Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz) führe auch dazu, dass die Betreuung von Kindern über ein bestimmtes Maß hinaus nunmehr erlaubnispflichtig sei.

Auf Nachfrage von Abg. **H.-H. Brandt** und Abg. **Lauber** wird durch Dipl.-Päd. / Dipl.-Psych. **Ritter** und Dipl.-Päd. **Sonnemann-Zander** erläutert, dass die bisher bereits als Tagesmütter tätigen Frauen in aller Regel ohne größere Probleme eine solche Erlaubnis bekämen. Auf die Erlaubnis könne jedoch nicht verzichtet werden, da es sich hier um Bundesgesetzgebung, nicht um Kreisrecht, handele.

Da es wünschenswert sei, dass die bisher schon in diesem Bereich tätigen Frauen auch weiterhin die Betreuung ausüben können, sei in der Richtlinie die Ausnahme vorgesehen, dass auch ohne Vorliegen einer der beiden alternativen Voraussetzungen, dass die Tagesmutter eine pädagogische Kraft sein müsse oder einen Qualifizierungskurs erfolgreich absolviert haben müsse, eine vorläufige Erlaubnis erteilt werden könne, wobei darauf hinzuwirken sei, dass der Qualifizierungskurs in Kürze nachgeholt werde. In der Regel solle das der nächste angebotene Kurs sein. KVOR' **Körner** ergänzt, dass in dieser Übergangsphase nur ein verminderter Betrag als Zuschuss gewährt werde, um Anreiz für die Tagesmütter zu geben, einen solchen Qualifizierungskurs zu absolvieren.

Beschlussvorschlag:

Der Richtlinie zur Förderung in Kindertagespflege gemäß §§ 23 und 24 SGB VIII wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: Leistungsstatistik 2005

Dipl.-Päd. / Dipl.-Psych. **Ritter** trägt die Leistungsstatistik des Jugendamtes für das Jahr 2005 mittels EDV-Präsentation vor. Eine Kurzfassung der Diagramme und Tabellen ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Punkt 8 der Tagesordnung: Beratung der vorliegenden Anträge auf Kreiszuschüsse

Punkt 8.1 der Tagesordnung: hier: Zuschüsse an Verbände und Vereine für Jugendräume

Beschluss:

Zu Anlage 1 der Vorlage:

Die Sanierung des Jugendheims "Kloster" des Kultur- und Heimatvereins Augustendorf e. V. wird nach den Verwaltungshandreichungen mit max. 10.000 € gefördert. Die Haushaltsmittel werden im Jahr 2006 bereit gestellt.

Zu Anlage 2 der Vorlage:

Der Neubau eines Jugendraumes im Feuerwehrgerätehaus Bremervörde wird nach den Verwaltungshandreichungen mit max. 10.000 € gefördert. Die Haushaltsmittel werden im Jahr 2006 bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Für **beide** Zuschussanträge:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8.2 der Tagesordnung:

hier: Zuschüsse an die Pflegeelterngruppen

Beschluss:

Die Pflegeelterngruppe Rotenburg (Wümme) e. V. und der Pflege- und Adoptivelternkreis Bremervörde e. V. erhalten jeweils einen Zuschuss in Höhe von 1.000 €. Die Verwendung der Mittel ist nach Ablauf des Haushaltsjahres zu belegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

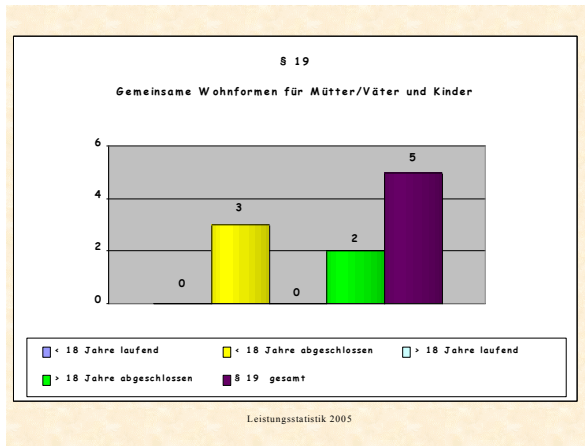
Zu TOP 9 gibt es keine Fragen.

Vorsitzender
(Sonnenwald)

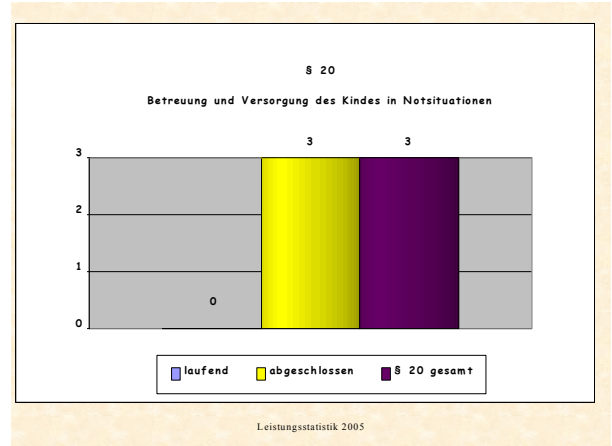
Dezernentin
(Körner)

Protokollführer
(Judith)

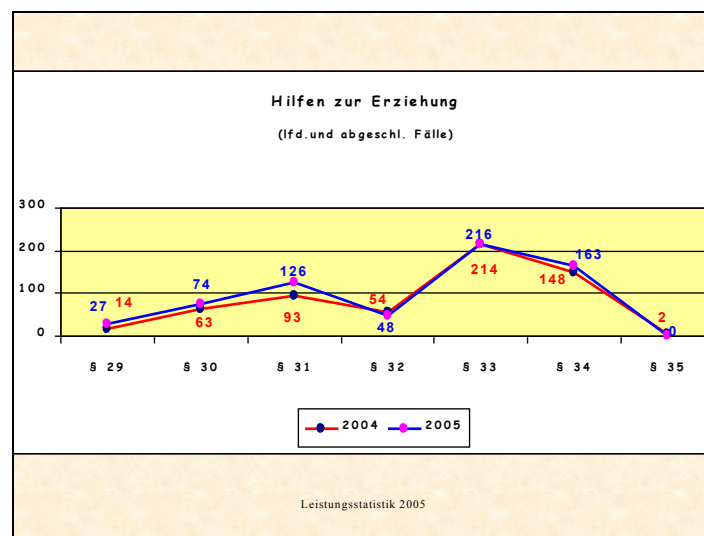
Folie 2



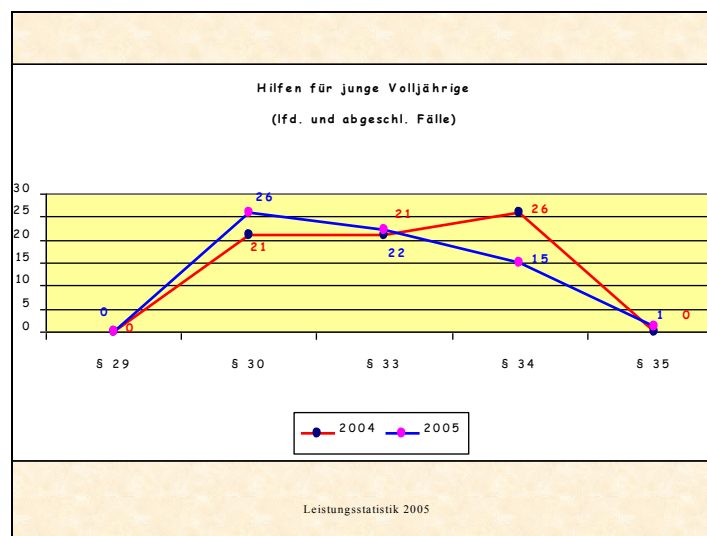
Folie 3



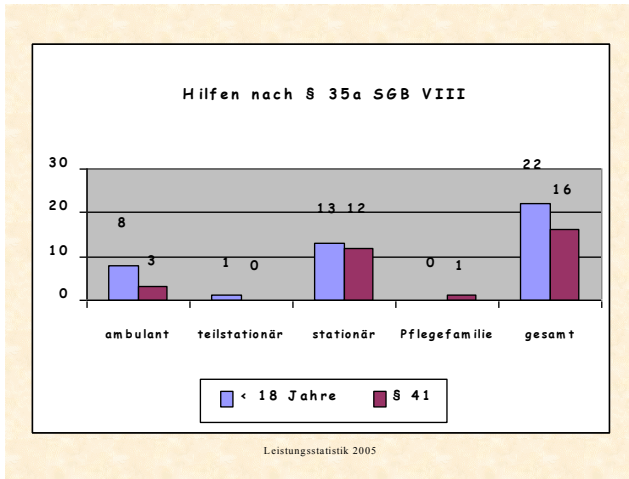
Folie 4



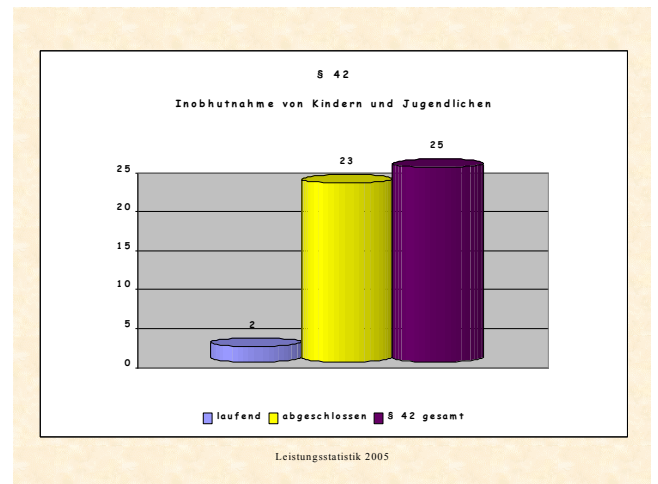
Folie 5



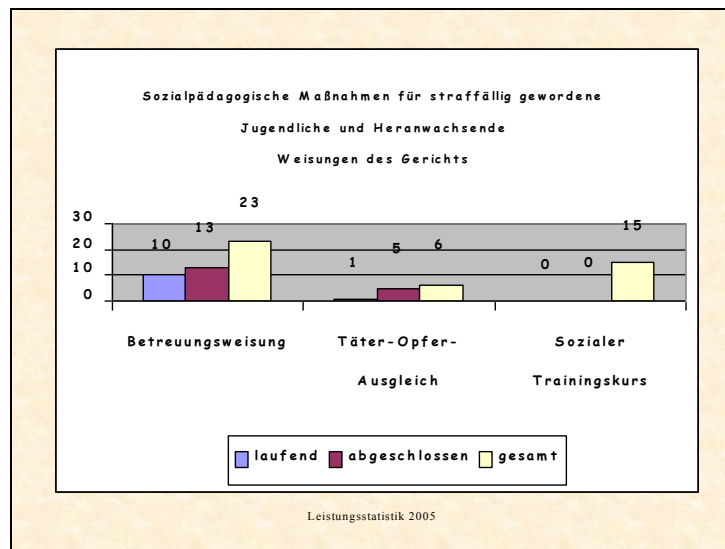
Folie 6



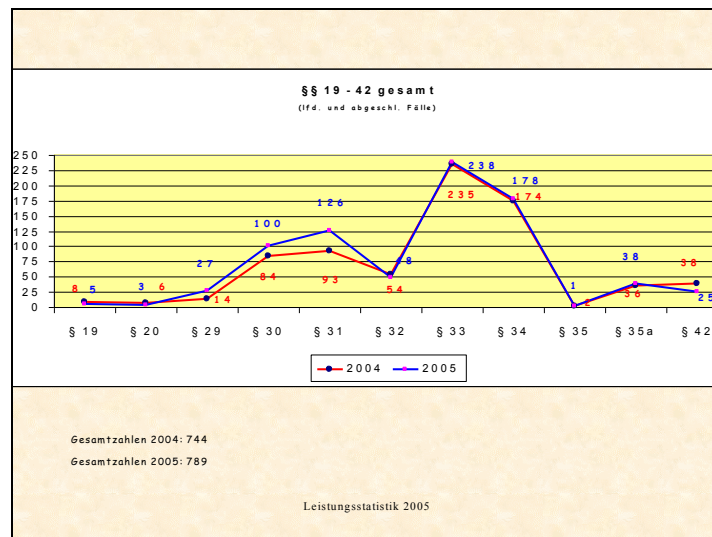
Folie 7



Folie 8



Folie 9



Folie 10

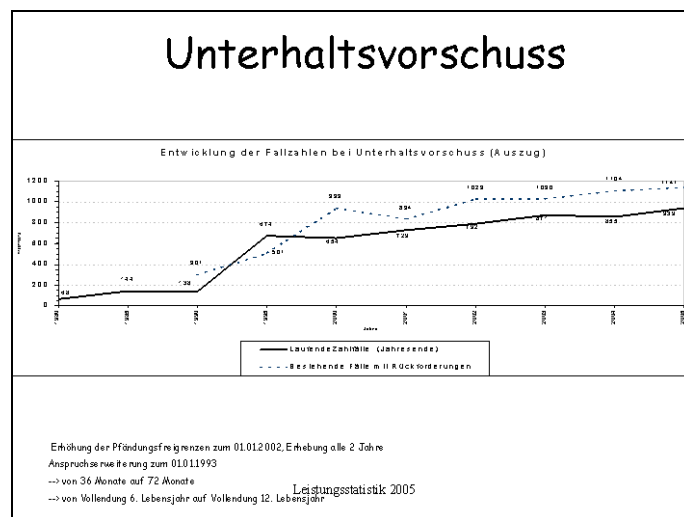
Unterhaltsvorschuss

	2001	2002	2003	2004	2005
laufende Fälle	729	792	871	892	939
Rückforderungsfälle	834	1029	1030	1104	1141
gesamt	1563	1821	1901	1996	2080
Rückholquote in %	22,39	16,39*	18,43	21,13	19,33
Bezirk Lüneburg in %	24,63	22,28	20,06	**	**

* Erhöhung der Pfändungsfreigrenzen zum 01.01.2002
 ** Erhebung alle 2 Jahre

Leistungsstatistik 2005

Folie 11



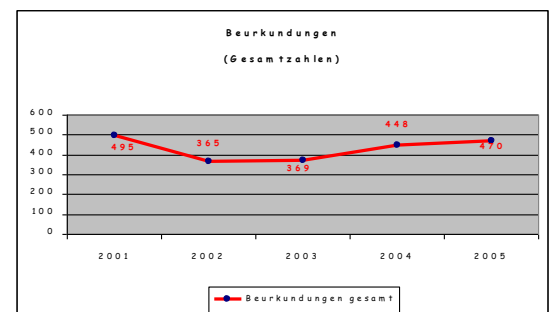
Folie 12

Beurkundungen

	2001	2002	2003	2004	2005
Beurkundungen gesamt	495	365	369	448	470
Vaterschaftsanerkenntnisse/ Zustimmungserklärungen	95	99	111	152	169
Sorgeerklärungen	75	112	107	126	143
Unterhaltsurkunden	325	154	151	169	158

Leistungsstatistik 2005

Folie 13



Leistungsstatistik 2005

Folie 14

**Beistandschaften, Amtsvormundschaften,
Pflegerchaften**

	2001	2002	2003	2004	2005
Beistandschaft, Vormundschaft, Pflegerchaft, Geltendmachung Unterhalt und Zahlung	981	1074	1209	1283	1328
Beistandschaft, Vormundschaft, Pflegerchaft, Geltendmachung Unterhalt und Direktzahlung	214	164	166	191	183
Beistandschaft zur Vaterschaftsklärung	37	7	35	31	44
Schriftliche Beratung ohne Beistandschaft	345	246	266	489	509

Leistungsstatistik 2005

Folie 15

